

Herausgeber: Stadtverband Gelsenkirchen der GEW

GE W 154

Zeitung für Lehrerinnen und Lehrer in Gelsenkirchen und Gladbeck

Dezember 2012



Einladung

zur Jahreshauptversammlung mit Abendbrotbuffet
am 15. Februar 2013 um 18:00 Uhr

Ort: Hof Holz, Braukämperstraße 80, 45899 Gelsenkirchen

Thema: Entwicklung im Tarifbereich
Stand der Dienstrechtsreform für Beamte



Karl-Heinz Mrosek

Auf ein Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

noch wenige Tage und das Jahr 2012 ist Vergangenheit. Im politischen Bereich standen bei uns in Nordrhein-Westfalen sicherlich die Landtagswahlen unter besonderem Interesse. Im dienstlichen Bereich waren es die

Personalratswahlen im Juni. Die Gewerkschaften und die Parteien sind nach diesen Wahlen im Lande neu aufgestellt. Die Probleme, die sie zu lösen haben, sind die alten geblieben. Aus gewerkschaftlicher Sicht, ist das die Tarifaueinandersetzung im öffentlichen Dienst – hier insbesondere L-Ego -, dann die Dienstrechtsreform, sowie die bildungspolitische Herausforderung an Politik und Schule, die Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich neu zu justieren. Hier mag ein Stichwort genügen, **„Inklusion“**. Eine zufriedenstellende Lösung all dieser Probleme ist aus gewerkschaftlicher Sicht jedoch äußerst gefährdet.

Diese Gefährdung kann man unter dem Stichwort **„Bankenkrise“** oder **„Schuldenkrise“** oder **„Eurokrise“** subsumieren. Die Verantwortung für diese Krise liegt sicherlich bei der Politik. Wir als Gewerkschafter, als GEW, als Bildungsgewerkschaft müssen uns jedoch den Vorwurf gefallen lassen, uns im Vorfeld dieser Krise nicht genügend eingemischt und die Politik nicht gestellt zu haben. Warum dieses so ist liegt auf der Hand. Das kollektive Wissen in unserer Gewerkschaft um diese wirtschaftlichen Fragen, reicht nicht aus, um uns einzumischen und solche Entwicklun-

gen aufhalten zu können. Das muss anders werden. Und zwar gleich – im neuen Jahr. Unsere Gewerkschaft muss im Rahmen der gewerkschaftlichen Bildung ihrer Mitglieder und ihrer Funktionärinnen und Funktionäre ein Fortbildungsangebot auflegen, das unser kollektives Wissen in diesen Dingen steigert und Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter befähigt, sich hier wirkungsvoll in die Diskussion einzubringen und so am öffentlichen Meinungsbildungsprozess richtungsweisend teilnehmen zu können.

Und nun noch eins in eigener Sache. Seit dem 1. August 2012 bin ich aufgrund der Altersgrenze im Ruhestand. Bei den vielen, die mir zu diesem Anlass Grüße und Glückwünsche übermittelt haben, möchte ich mich an dieser Stelle recht herzlich bedanken.

Ich stehe den GEW-Kolleginnen und Kollegen aus Gelsenkirchen und Gladbeck weiterhin helfend zur Seite, wenn sie im dienstlichen Bereich rechtliche Fragen und Probleme haben.

Meine Telefonnummer ist bekannt: 02362 63070 – **nach der Tagesschau.**

Karl-Heinz Mrosek

Inhalt

Auf ein Wort / Inhalt	2	KAPITALSTEUERN:	17
Tarifrunde „Wir machen es gleich“	3	Deutsche zahlen unter EU-Durchschnitt	
Tariefunde 2013 „Gleiche Arbeit/ Gleicher Lohn“	4	Das Geld wäre da.	
Inklusion oder Exklusion?	6	Es war einmal...oder: Name-dropping mit Fußballern, Trainern, Schiris und anderen Lichtgestalten.	18
Unpädagogisch auf pure Leistung ausgerichtet	9	Buchbesprechung Gemeinwohl-Ökonomie	19
Kranke Systeme - GEW für Senkung der Belastungen		Schulwechsler in NRW	
GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT		DGUV Vorschrift 2	20
Bildungsregion Ruhr 2018 „Offerner Brief“	10	- rechtsverbindliche Unfallverhütungsvorschrift	
„Anlage“	11	Schulleitung: Ahnungslos?	21
Mitglieder im örtlichen Personalrat Grundschule	12	Einsatz von Lehrkräften im (Offenen-) Ganztags	
Zu viel ist zu viel - Lehrer/innen entlasten „Offerner Brief“	13	Rechenschaftsbericht des Vorstandes	
Hohe Dunkelziffer bei Altersdiskriminierung	14	zur Jahreshauptversammlung am 15.02.2012	
Neue Öffnungszeiten der Geschäftsstelle/ Impressum		GEW- Mitglieder aus der Emscherzone	22
Die Pflegekraft aus Osteuropa	14	in den Hauptpersonalräten.	
Haushaltshilfen bei häuslicher Pflege		Und dann war da noch „s h a l“	
Pflege von Angehörigen	16	Personalrat Hauptschule, Realschule, Gesamtschulen	23
NRW-Wahl: Mehr als die Hälfte aller GewerkschafterInnen wählen SPD.		Personalrat Gymnasium, Förderschule	24
		Jubilarehrung: 25 und 40 Jahre Mitglied der GEW	
		am 16.11.2012 im Consol Theater	

WIR MACHEN ES GLEICH!

„Wir machen es gleich!“ ist das Motto der GEW für die 2013 anstehenden Tarifaueinandersetzungen. Die Vorbereitungen laufen jetzt an. Was steht auf dem Spiel? Worum geht es 2013?

Zum 31.12.2012 läuft der Gehaltstarifvertrag (TV-L) aus.

Darum muss ein neuer Gehaltstarifvertrag ausgehandelt oder erkämpft werden. An einem Tisch sitzen dann die VertreterInnen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes für die Arbeitnehmer und die VertreterInnen der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) für die –Arbeitgeberseite. Der im April 2012 abgeschlossene Gehaltstarifvertrag für Bund und Kommunen war ein erster Erfolg seit vielen Jahren und hat Maßstäbe gesetzt, aber es geht diesmal nicht allein um tarifliche Verbesserungen. Im Januar 2013 stehen auch (wieder) Verhandlungen zum Abschluss einer Lehrer-Entgeltordnung auf der Agenda, die 2012 ergebnislos beendet werden mussten. Für die Lehrerinnen und Lehrer gibt es seit Überleitung des Bundesangestellten-Tarifvertrages in den TV-L keine tarifliche Grundlage, weil Lehrkräfte ausgespart wurden. Ein Schwebestadium, von dem seitdem nur die Arbeitgeberseite profitiert, weshalb diese auch kein Interesse an einer Veränderung hat.

Das kann aber so nicht weitergehen!

Deshalb:

WIR MACHEN ES GLEICH!



Gemeint sind **WIR**, die **GEW**, und zwar die ganze Gewerkschaft, alle Mitglieder – nicht nur die Tarifbeschäftigten, sondern auch die Beamtinnen und Beamten. Nicht nur die Berufstätigen, sondern auch RentnerInnen, RuheständlerInnen und Studierenden. Nicht nur die Hauptamtlichen, sondern auch alle Ehrenamtlichen und nicht nur FunktionsträgerInnen, sondern alle, die in der **GEW** organisiert sind. Wir profitieren schließlich alle von guten Tarifergebnissen.

WIR werden dann erfolgreich sein, wenn **WIR** alle gemeinsam solidarisch handeln.

Wer, wenn nicht wir?

MACHEN

Ja, einfach machen! Stimmung machen, Druck machen, werben für unsere Sache, Eintreten für einen guten Abschluss beim Gehaltstarifvertrag, für eine faire Tarifierung in der L-EGO. **MACHEN** heißt auch diskutieren, fordern, protestieren, demonstrieren, auf die Straße gehen, agitieren, verhandeln, überzeugen, sich durchsetzen. Aktiv werden, um einen guten Abschluss zu **MACHEN**.

ES

Es ist das Ziel und der Weg. Denn ohne Tarifvertrag geht gar nichts. Und ohne Aktionen, Argumente, Ausdauer, Strategie und Solidarität lässt sich nichts bewegen, wird es keinen Tarifvertrag geben. **ES** ist L-EGO. **ES** ist die Basis für alle weiteren Verhandlungen. Und die muss erkämpft werden.

GLEICH

Gleich? Ja, natürlich. Laßt uns sofort beginnen. Wir wollen nicht länger warten. Wir wollen gemeinsam anfangen. FußballerInnen wissen: Wer gewinnen will, muss den Gegner **GLEICH** zu Beginn des Spiels unter Druck setzen, ihm seine Spielweise aufzwingen. Gleich? Ja, natürlich. „Wir fassen **ES** an“

GLEICHES GELD FÜR GLEICHE ARBEIT!

WIR MACHEN ES GLEICH
Wer denn sonst?!

Karl-Heinz Mrosek

Tarifrunde



GEW
INFO

Münster

Für alle Schulen des Bezirks



September 2012

„Gleiche Arbeit / Gleicher Lohn!“

Tarifrunde 2013

Den letzten Tarifabschluss haben wir in der GEW auf allen Ebenen analysiert und Strategien für die Zukunft entwickelt. Wir haben durchgesetzt, dass in der Tarifrunde 2013 L-Ego wieder auf der Tagesordnung steht.

Wir sind als GEW wiederum bereit, unsere Arbeitskraft und auch unsere Mittel zur Verfügung zu stellen, damit es endlich zu einem akzeptablen Tarifabschluss kommt. Dazu ist es wichtig, dass die Bereitschaft, auf die Straße zu gehen und sich auch an Kampfmaßnahmen zu beteiligen, deutlich wächst.

Mit diesem Schreiben möchten wir noch einmal die kritischen Fragen unserer angestellten Lehrerinnen und Lehrer aufgreifen.

Warum hat die GEW in der letzten Tarifrunde nicht weiter gestreikt?

Die Bundestarifkommission der GEW hat nach dem erhöhten Tarifangebot der Arbeitgeber und der damit ausgelösten Bereitschaft der anderen Gewerkschaften nun abzuschließen keine genügende Arbeitskampfbereitschaft für einen – dann notwendigen – längeren Zeitraum gesehen.

Wie konnten die Gewerkschaften es in den letzten Jahren zulassen, dass die finanzielle Benachteiligung der Tarifbeschäftigten eher noch zugenommen hat?

Über 200.000 Lehrer in Deutschland stehen im Angestelltenverhältnis. Sie fühlen sich ungerecht behandelt und klagen über eine enorme finanzielle Benachteiligung. Aber sie lassen sich das seit Jahrzehnten gefallen.

Zwischen der hohen aufgestauten Unzufriedenheit und der Passivität der Mehrzahl gibt es einen Widerspruch. Warten die Kollegen und Kolleginnen darauf, dass sich die Dinge von alleine regeln?

Warum wird das enorme Potenzial an Durchsetzungsver-

mögen, vor allem in einer Zeit erheblichen Lehrermangels, nicht genutzt?

Wie konnte überhaupt der bessere BAT aufgegeben werden?

Die Arbeitgeber hatten gedroht, den Flächentarifvertrag (bundesweit) zu kündigen.

Die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes waren dadurch gezwungen, über eine Reform mit den Arbeitgebern zu verhandeln. Herausgekommen ist sicherlich nicht eine Verbesserung des BAT.

Die GEW war letztlich gezwungen, den TV-L zu unterschreiben. Sie konnte sich dem Reformprozess des Tarifrechts im öffentlichen Dienst nicht entziehen und wäre allein nicht in der Lage gewesen, für ihre angestellten Mitglieder ein besseres Ergebnis zu erstreiken.

Als Zugeständnis erhielt die GEW zumindest die Verhandlungszusage über eine erstmalige tarifvertragliche Regelung der Eingruppierung von Lehrkräften.

Warum ging es in den letzten Tarifikämpfen kaum noch um L-Ego?

Die GEW verfolgt das Ziel einer Tarifierung der Lehrein- und Ausbildergruppen nun seit 2006 und hat in jeder Verhandlungsrunde die massiven Widerstände der Arbeitgeber nicht überwinden können.

2011 haben wir unser Ziel nicht erreicht. Wir haben dieses Ziel aber nicht aus den Augen verloren, weil es uns nur noch um prozentuale Verbesserungen ging, sondern weil unsere Kampfkraft nicht ausgereicht hat.

155.000 Lehrkräfte haben eben nicht gestreikt, um den Druck auf die Arbeitgeber zu erhöhen und einen Tarifabschluss mit besserer Eingruppierung und besserer Bezahlung möglich zu machen.

Was gedenkt die GEW zu tun, um endlich eine gerechte Eingruppierung und Bezahlung ihrer angestellten KollegInnen zu erreichen?

Der erste Einstieg in eine gerechtere Eingruppierung ist der Abschluss des Tarifvertrages, der auch im ersten Schritt schon finanzielle Verbesserungen enthalten muss. Danach muss für weitere Verbesserungen gekämpft werden. Dazu ist eine entsprechende Kampfkraft/ Streikbereitschaft notwendig. Um diese zu erreichen, sprechen angestellte GEW-Mitglieder die KollegInnen in den Schulen auf das Thema „bessere Eingruppierung durch einen Tarifvertrag“ an. Es wird diskutiert, wie dies in der Tarifrunde 2013 erreicht werden kann.

Parallel finden Gespräche bzw. Verhandlungen mit der TdL statt. Diese sind erreicht worden, weil die GEW in den Ländern und im Bund massive Lobbyarbeit betrieben hat.

In den anstehenden Verhandlungen soll erreicht werden, dass die Voraussetzungen für einen ersten Tarifvertrag der Lehrkräfte bereits vor Beginn der Tarifrunde 2013 geschaffen werden, damit auch ein entsprechender Abschluss dort möglich ist.

Was können verbeamtete LehrerInnen konkret tun, um tarifbeschäftigte KollegInnen bei der Durchsetzung ihrer legitimen Rechte und Interessen zu unterstützen?

Die Beamtinnen und Beamten nehmen an Protestmaßnahmen teil – das ist in den meisten Fällen auch außerhalb der Unterrichtszeit möglich.

Die Beamtinnen und Beamten zeigen, dass sie mit den Streikenden solidarisch sind und die Ziele der Tarifbewegung unterstützen – auch sie wollen endlich wieder eine Erhöhung der Bezüge.

Die Beamtinnen und Beamten weigern sich, für streikende Kolleginnen und Kollegen die Arbeit zu erledigen – zu Streikbrechertätigkeit kann man sie nicht zwingen!

Was will die GEW unternehmen, um den Druck auf die neue Landesregierung zu erhöhen, damit sie sich für eine gerechte Bezahlung und Behandlung einsetzt?

Mit ständiger Lobbyarbeit, insbesondere der GEW-Vorsitzenden Dorothea Schäfer, vieler GEWFunktionärInnen und des DGB-Vorsitzenden Andreas Meyer-Lauber, ist es jetzt gelungen, die Rückkehr zu Verhandlungen politisch zu erzwingen.

Wir alle, die ganze GEW, Angestellte und Beamte, Hauptamtliche und Ehrenamtliche, haben daran gearbeitet, die GEW für die nächsten Tarifauseinandersetzungen fit und kampfbereit zu machen.

Ob wir dieses erreicht haben, wird sich spätestens im Frühjahr 2013 zeigen.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bezirk Münster (BzA)



Hans-Jürgen Evers

46325 Borken, Aug.-Wibbelt-Str. 1
02861/62179
evers@gew-borken.de

Bettina Marzinik

46325 Borken, Bramgastr. 4
02861/61320
marzinik@t-online.de



Karl-Heinz Mrosek

46284 Dorsten, Im Gorden 31
02362/63070
mrosek-und-soehne@gmx.de



Inklusion Die Stimmung kippt.

„Die Teilnehmer der PV fordern den PR und die Schulaufsicht sowie alle Verantwortlichen in Politik und Verwaltung auf, dafür zu sorgen, dass der Inklusionsprozess angesichts der aktuell zu beobachtenden negativen Auswirkungen auf Schüler, Beschäftigte und Schulen gestoppt wird. Dies gilt auch für die aktuellen gesetzgeberischen Initiativen“

(Auszug aus einer Resolution verabschiedet auf der Personalversammlung der Lehrkräfte an Förderschulen im Bezirk Münster am 13.11. 2012 in RE.)

Inklusion oder Exklusion?

Während Parteien und Verbandsfunktionäre, Hochschullehrer, Pädagogikexperten und Journalisten heftig über Inklusion diskutieren, Politiker erste Schritte einleiten, die ihrer Vorstellung von einer möglichst kostengünstigen Umsetzung entsprechen und verhindern sollen, dass die Debatte aus dem Ruder oder in die falsche Richtung laufen könnte, ist es an meiner integrierten Gesamtschule seltsam still. Die KollegInnen, die die Pläne am Ende umsetzen sollen, verhalten sich abwartend. Das liegt nicht nur daran, dass offenbar von politischer Seite gar kein Wert darauf gelegt wird, unsere Meinung zu hören und unsere Erfahrungen in die neuen Planungen einzubeziehen. Die Gründe der Passivität sind nach meinem Eindruck vielfältig:

Manche Kolleginnen sind resigniert und davon überzeugt, dass sie sowieso keinen Einfluss auf die Planungen haben. (Und vielleicht haben sie ja recht.) Andere sind durch den Schulalltag erschöpft und fühlen sich durch zusätzliche Debatten und Aktivitäten überfordert. Und das versteht jede, die in einer zu großen Integrationsklasse mit 26 Kindern unterrichtet und in der Hälfte der Stunden nur auf sich gestellt ist, ohne sonderpädagogisch ausgebildet oder bezahlt zu werden. Sie soll 5 behinderte Kinder und all die anderen hilfsbedürftigen Kinder unterstützen und gleichzeitig eine ruhige Arbeitsatmosphäre für die ganze Klasse organisieren.

Neben den "offiziell" Behinderten, für die sie wenig Zeit hat, sind aber meist noch ein oder zwei weitere lernbehinderte Kinder in der Klasse. 6 oder 8 Kinder mit oder ohne Migrationshintergrund haben nur minimale Deutschkenntnisse und sind kaum in der Lage, einen einfachen Text selbständig zu lesen und erst recht nicht zu formulieren; Ihnen soll ebenso geholfen werden wie dem Schüler, der sich und seine Mitschülerinnen durch Aggressivität und ständigen Lärm vom Lernen abhält. Und selbstverständlich gibt es noch die kleine Gruppe leistungsstärkerer Schülerinnen, von denen einige nur deswegen an unsere Schule empfohlen wurden, weil sie verhaltensauffällig oder durch besondere Probleme belastet sind und die Grundschulkolleginnen hofften, die Gesamtschule werde es schon richten und ihnen mehr Hilfe anbieten als ein Gymnasium.

Selbst wenn man zu zweit unterrichtet, ist der Alltag aufreibend und es ist erstaunlich, wie viele von uns es dennoch schaffen, ein gutes und integratives und soziales Klima herzustellen. Gerade die engagierten Kolleginnen, die auch nach vielen Jahren noch gerne Lehrer sind und sich weder als Schulmanager verstehen noch den anderen am liebsten sagen, wie es geht, sind zusätzlich hohem moralischen Druck ausgesetzt:

Einerseits fühlen sie sich "ihren" Kindern, die ihnen ans Herz gewachsen sind, verpflichtet. Daher versuchen sie, offensichtliche Missstände durch erhöhten Einsatz sowie Mehr- und Sozialarbeit wettzumachen. Trotzdem verlässt sie nicht das schlechte Gewissen und das ständige Gefühl, den Kindern und ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht zu werden.

Von pädagogischen Schlaumeiern, die weder ihren Schulalltag kennen noch ihn zu bewältigen haben, wird ihnen weisgemacht, dass alles besser werde, wenn sie vielfältige didaktische Methoden einsetzen und den Unterricht nur richtig zu individualisieren verstünden, ein wirksames Mittel, die Lehrer für pädagogische Misserfolge allein verantwortlich zu machen und von den eigentlichen Ursachen der ständigen Überforderung und der schulischen Misere abzulenken.

Beliebt ist auch die Methode, LehrerInnen bei der Entscheidung über die Aufnahme eines stark oder mehrfach behinderten Kindes mit der Frage "Wer traut es sich zu?" in diejenigen mit der richtigen oder falschen Haltung einzuteilen, und zwar völlig unabhängig davon, ob das Ergebnis auf einer realistischen Einschätzung oder auf Selbstüberschätzung beruht. Zusätzlich stehen meine KollegInnen und ich ständig unter dem Druck, die Integration auf jeden Fall als Erfolgsmodell darzustellen und keine kritischen oder fragwürdigen Aspekte unserer Arbeit öffentlich zu machen, da sie so schnell in den Verdacht kommen, ihrer Schule zu schaden, Bedenkenträgerinnen oder Integrationsgegnerinnen zu sein.

Da viele KollegInnen diese Schule mit aufgebaut haben und sich ihrer guten pädagogischen Tradition und ihrem Corpsgeist verbunden fühlen, wollen sie diesen Eindruck auf jeden Fall vermeiden. Wer daher kritische Fragen stellt oder zum Ausdruck bringt, dass ein edler moralischer Anspruch allein nicht ausreicht, um allen Kindern gerecht zu werden, sondern dass Inklusion nur unter guten Bedingungen zu erreichen ist, wer von Beispielen einer nicht gelungenen Integration berichtet oder sogar zu fragen wagt, ob gemeinsamer Unterricht in einer zu großen Klasse immer und für alle das Beste ist oder ob nicht im Einzelfall ein Kind in einer kleineren Gruppe mit sehr viel besseren Möglichkeiten der Intensivbetreuung durch qualifizierte Fachkräfte besser aufgehoben ist, wird schnell missverstanden oder gerät leicht in den Verdacht, eine geschichtsvergessene oder rückständige Inklusionsgegnerin zu sein.

Gleichzeitig fürchten aber viele Kollegen genau wie ich, dass demnächst an sie noch höhere Erwartungen gestellt werden, ohne dass sich ihre Arbeitsbedingungen und die Lernbedingungen der Kinder verbessern.

Das entspricht unseren eigenen Erfahrungen und wird durch die Nachrichten der letzten Wochen bestätigt. Schon in den letzten Jahren wurden die Arbeitsbedingun-

gen an unserer Schule und damit die Lernchancen unserer Kinder sehr viel schlechter: War zunächst von einer durchgängigen Doppelbesetzung die Rede und setzten sich unsere Integrationsklassen aus 22 Kindern (22 + 4 behinderte Kinder) zusammen, so schmolz die Doppelbesetzung auf 40 Prozent und die Klassengröße wuchs auf 21+5 Kinder.

Schon bei diesen Sparmaßnahmen der SPD/Grünen-Regierung wurde an unserer Schule eine Debatte mit hochkarätiger Besetzung über Inklusion als qualitativ höherer Schritt der Integration geführt, denn wir sollten nicht wahrnehmen, dass es eigentlich um eine Verschlechterung ging und auch unter schlechteren Bedingungen ohne öffentlichen Protest weitermachen.

Die Strategie war erfolgreich und wir machten ohne großen Protest weiter, denn, so meinten die meisten KollegInnen, es gehe ja um die Kinder. Dann war lange Zeit keine Rede mehr von Inklusion. Wir versuchten unseren Alltag zu bewältigen und den Kindern auch unter schlechteren Bedingungen und mit viel weniger Zeit für jedes Kind gerecht zu werden.

Jetzt erreichen uns Nachrichten aus Hamburg, die für die neue Inklusionsrunde nichts Gutes ahnen lassen:

In Hamburg stieg die Zahl der an den Gemeinschaftsschulen angemeldeten LSE -Kinder innerhalb eines Jahres rapide von ca. 30 auf 500 an. Bei ihnen soll künftig auf Diagnostik und auf sonderpädagogische Förderung verzichtet werden. Es ist nur noch allgemein von Förderung die Rede. Die Förderstunden, die ihnen bisher zu standen, wurden gekürzt.

Im Interesse "allgemeiner Gerechtigkeit", wie es so schön heißt, werden die Bedingungen an den bisherigen Integrationsschulen massiv verschlechtert. Sie verlieren einen großen Teil ihrer bisherigen Ressourcen. Von den 3,5 Sonderschullehrerstunden, die jedem LSE- Kind bisher zustanden, sollen nur noch 1,4 Stunden von fachlich ausgebildeten Sonderschulkollegen erteilt werden. Die SonderschulkollegInnen sind dann für 19 SchülerInnen in 4 oder 5 Klassen zuständig.

In NRW berichten SonderschulkollegInnen schon davon, dass sie von Schule zu Schule fahren, weder eine stabile Beziehung zu den SchülerInnen noch zu dem jeweiligen Kollegium aufzubauen in der Lage sind und damit Arbeitsbedingungen haben, die jeder sinnvollen Integrationsarbeit Hohn sprechen. Im Hamburg werden für die übrigen eingesparten Stunden im Vergleich zu Lehrern schlechter und vermutlich schlecht bezahlte- Erzieher oder Sozialpädagogen eingesetzt. Diese werden nicht aus dem Etat der Stadt Hamburg bezahlt, sondern aus dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung, dh., den bedürftigen Kindern von Hartz IV- und Sozialhilfeempfängerinnen wird das für andere Unterstützungsmaßnahmen vorgesehene Geld entzogen und anderweitig umverteilt.

Den Förderschulen wird im Namen derselben Gerechtigkeit das Geld für den Sprachförderunterricht genommen und an die Inklusionsschulen umverteilt. Die therapeutische Arbeit ist in Gefahr, aus der Schule ausgelagert und privatisiert zu werden. Damit werden gerade die wenig durchsetzungsfähigen Eltern sozial und emotional gestörter oder lernbehinderter Kinder ihre Ansprüche oft nicht verwirklichen können.

In Hamburg regiert die SPD allein und hat ihre Inklusionsversprechen nicht eingehalten. Wir sind daher gewarnt und können nicht davon ausgehen, dass die Bedingungen der geplanten Inklusion in NRW besser und weniger kostengünstig sein werden. Auch die Kölner GEW möchte falsche Diskussionen vermeiden und erwartet eine positive Haltung gegenüber den vagen Plänen der NRW-Regierung.

Wer allerdings von Inklusion spricht, ohne die Rahmenbedingungen vorab zu präzisieren und zu sagen, wann sie erfolgreich sein kann und wann nicht; wer auf eine Bestandsaufnahme und die genaue Evaluierung positiver wie negativer Erfahrungen mit der Integration und damit auch auf die Einbeziehung der Lehrer und ihrer Erfahrungen verzichtet, dem scheint es eher um ein kostengünstiges Sparmodell und ein besseres Image, nicht aber um bessere Lernbedingungen für alle Kinder zu gehen. Hastig und unter Druck soll dafür gesorgt werden, die schlechte Integrationsstatistik der Bundesrepublik zahlenmäßig zu begründen und die Maßgaben der UN-Konvention formal zu erfüllen, ohne dabei zu fragen, ob denn das, was da in Angriff genommen wird, auch den Namen Inklusion verdient.

Wenn wir nicht gefragt sind, sollten wir uns einmischen. Ich jedenfalls erwarte von meinen Kollegen und meiner Schule, die sich immer als Modellschule der Integration verstand und darauf setzte, dass andere Schulen ihr folgen, jetzt nicht stillzuschweigen, sondern sehr deutlich zu sagen, unter welchen Bedingungen Inklusion gelingen kann und wann sie scheitern muss. Wenn wir uns jetzt nicht einmischen und stillschweigend weitere Verschlechterungen hinnehmen, dann wird unsere Arbeit und unser Engagement als Vorbild oder Feigenblatt dafür missbraucht anderen Schulen zu beweisen, dass Inklusion wie bei uns auch unter schlechten finanziellen und pädagogischen Bedingungen möglich ist.

Es ist lange her.

Aber die Gesamtschule, an der ich arbeite, hat sich viele Jahre als Vorreiterin bildungspolitischer Debatten und Initiativen verstanden. Die Erkenntnis, dass Schulpolitik von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig ist und pädagogisches Handeln ohne Mitdenken dieser Tatsache ins Leere geht, galt als selbstverständlich. Ich wünsche mir jetzt eine Inklusionsdebatte, die sich nicht darauf beschränkt, Mängel der Integration aufzuzählen oder einen Forderungskatalog aufzustellen, so

wichtig beides auch ist, sondern darüber hinaus fragt, was schulische Inklusion im Rahmen einer Gesellschaft bedeutet, die immer brutaler ausgrenzt und z. B. zulässt, dass ein großer Teil der Kinder, die wir unterrichten, schon mit der Erfahrung von Armut, Arbeitslosigkeit und geringen Aufstiegschancen aufwächst.

Was bedeutet Inklusion in einer exklusiven Gesellschaft, in der der Gegensatz von arm und reich, von Teilhabe und Ausgrenzung immer mehr zunimmt? Wie passt es zusammen, dass Politiker für Sozialgesetze verantwortlich zeichnen, die ein wachsendes Prekariat und damit auch wachsende Kinderarmut hervorbringen, sich gleichzeitig aber mit hochmoralischer Rhetorik für die Inklusion behinderter Kinder in einem sozial gespaltenen Schulsystem einsetzen, über das im übrigen geschwiegen und das nicht infrage gestellt wird?

Dr. Eichholz, Mitglied in der National Coalition für die Umsetzung der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen, macht in einem am 24. April im Kölner Stadtanzeiger veröffentlichten Interview sehr deutlich, dass Inklusion nichts anderes sein kann, als die gleichberechtigte Einbeziehung aller von Ausgrenzung und Benachteiligung bedrohten Menschen. Die Forderung nach Inklusion kann daher nur als der Versuch verstanden werden, alle gesellschaftlichen Bedingungen zu bekämpfen, die einen immer größer werdenden Teil der Gesellschaft in Armut und Entrechtung treibt.

Können wir daher in einer Gesellschaft der Exklusion überhaupt von Inklusion sprechen? Und wie kann ich ein Schulsystem, das auch im internationalen Vergleich Bildungschancen von Kindern in besonders rigider Form vom sozialen und Bildungsstatus der Eltern abhängig macht, inklusiv nen-nen?

Am 26. April 2012 berichtet der Kölner-Stadtanzeiger, dass die Stadt die Neugründung oder Ausweitung etlicher Gesamtschulen und Sekundarschulen plant und erwähnt nebenbei und wie selbstverständlich, dass die Gymnasien von dieser Entwicklung unangetastet bleiben.

Auch in Hamburg besuchen nur ganz wenige behinderte Kinder ein Gymnasium. Damit wird sehr deutlich, dass die Inklusion behinderter Kinder ausschließlich die Aufgabe der Gesamt-, Sekundar- oder Gemeinschaftsschulen und der dort lernenden Kinder sein soll. Selbst wenn im Einzelfall ein behindertes Kind aus gutem Haus und mit guten Voraussetzungen ein Gymnasium besucht und sich die Schule dann als inklusiv versteht, ändert das nichts an der Tatsache, dass nur die Kinder für die Inklusion behinderter Kinder verantwortlich sein sollen, die selbst häufig sehr große soziale und schulische Probleme haben und am dringendsten gute Lernbedingungen benötigen, um die Chance eines guten Schulabschlusses zu haben.

Zugespitzt formuliert: Die von sozialer Exklusion bedrohten Kinder sollen die auch von Ausgrenzung be-

drohten behinderten Kinder integrieren; während man an ihnen und ihren Schulen spart und die Kinder überfordert, die einruhige Arbeitsatmosphäre und sehr viel Unterstützung besonders nötig haben, sollen Gymnasien mit Anforderungen an ein soziales und integratives gemeinsames Lernen nicht weiter behelligt werden.

Was ist das für eine unsoziale Form der Inklusion, die den Kindern der Besserverdienenden und der traditionell Gebildeten den Rücken freihält und das gemeinsame Lernen aller Kinder verhindert, um den schon durch ihren sozialen Status Privilegierten alle Chancen im Kampf um bessere Arbeitsplätze und Aufstiegschancen zu sichern und die Inkludierten schließlich auch auf dem Arbeitsmarkt verdrängen können?

Ja, ich bin für Inklusion.

Ja, ich bin empört, wenn Herr Lindner sich im Wahlkampf als Gegner von Inklusion outet und dabei meint, die sogenannten Leistungsträger müssten mit allen asozialen Folgen dieses Denkens unter sich bleiben. Aber auch wer nicht über die Absurdität von Inklusion im Rahmen einer ausgrenzenden Schulstruktur sprechen will, sollte über Inklusion schweigen.

Nicht Inklusion und das Zusammenleben und Lernen behinderter und nicht behinderter Kinder, von Kindern unterschiedlicher sozialer und kultureller Milieus, das wir an unserer Schule jeden Tag zu verwirklichen versuchen, ist in Frage zu stellen. Fragwürdig ist es aber, wenn Inklusion gesagt und Sparpolitik auf Kosten der von Ausgrenzung Bedrohten gemeint ist oder wenn die Folge einer schlecht oder dogmatisch umgesetzten Inklusion darin besteht, dass sozial oder emotional besonders hilfsbedürftige Kinder, die die geringste Lobby haben und schon als Kinder Erfahrungen von Gewalt, Missbrauch oder Nichtversorgung erlebten, am Ende nicht nur nicht integriert werden, sondern auch die therapeutische Unterstützung und intensive Betreuung, die ihnen jetzt noch zusteht, verlieren.

Eine letzte Bemerkung:

Wer glaubt, dass es nur für Gesamt- oder Gemeinschaftsschüler wichtig ist, Toleranz und gegenseitige Achtung vor Menschen mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen, Leistungen und Behinderungen schon in der Schule einzuüben und Kinder verschiedener Milieus kennenzulernen und das für Gymnasiasten für unwichtig hält, der sollte unbedingt sofort ins Kino und in den Dokumentarfilm "Work hard - play hard" gehen.

Er zeigt künftigen Hoffnungs- und Leistungsträgern, was aus ihnen werden kann, wenn sie sich trotz aller Bildung widerstandslos zu Hanswürsten und duckmäuserischen Idioten machen lassen.

Uschi Nienhaus-Böhm

Gesamtschullehrerin seit 25 Jahren,
davon seit 23 Jahren in Integrationsklassen.

Unpädagogisch auf pure Leistung ausgerichtet

Zu „Auch Lehrer brauchen einen Coach“, FR-Wissen und Bildung vom 9. März

Abgesehen von den sich ständig verschlechternden Arbeitsbedingungen an den Schulen erschwert es die Struktur des Schulsystems selbst, Arbeitszufriedenheit erreichen zu können, weil nämlich diese Struktur es kaum möglich macht, als Pädagogen zu arbeiten. Die völlig unpädagogisch auf pure Leistung ausgerichtete Schule hat spätestens seit „PISA“ Hochkonjunktur, allenfalls unterbrochen von einem kurzen Hochschrecken nach Amokläufen an Schulen. An keiner Stelle hat eine ernsthafte Reflexion darüber eingesetzt, welchen Anteil das System Schule an diesen Verzweiflungstaten hat. Im Gegenteil, der Leistungsdruck auf Schüler und Lehrer wurde seitdem noch erhöht.

Um die gewünschten Leistungen zu erreichen, werden nicht die Klassenfrequenzen gesenkt, Fördermöglichkeiten eingeführt, mehr Lehrer eingestellt, die Wochenstundenzahlen für die Kolleginnen und Kollegen gesenkt, damit sie sich pädagogischer Arbeit überhaupt zuwenden können (dazu gehört auch die Zusammenarbeit mit den Eltern!), sondern im Gegenteil, sie werden überhäuft mit Themen wie Schulentwicklung und Schulqualität, mitzusätzlichen Terminen und Aufträgen, die nichts mit Unterricht oder pädagogischer Arbeit zu tun haben. Fortbildungen dürfen nicht mehr in die Unterrichtszeit fallen, neue/andere Methoden sollen den Frontalunterricht ablösen, ohne dass die äußeren Rahmenbedingungen auch nur angetastet werden (allein die Räumlichkeiten in den häufig langsam verwahrlosten Schulgebäuden führen diese Ansätze schon ad absurdum). Die Zahl der Schulpsychologen wird flächendeckend reduziert. Und so sieht man dann zu, wie Kinder und Jugendliche es „nicht schaffen“. Die Schuldzuweisung lässt nicht lange auf sich warten – von Seiten der Gesellschaft, der Medien, der Eltern und – der

Vorgesetzten. Nur die Schulen – und deren Schulleiter – gelten etwas, die guten Abschlüsse präsentieren können. Kolleginnen und Kollegen, die diese nicht garantieren können, sind ein Problem. Die Eltern erwarten aus nachvollziehbaren Gründen, dass ihre Kinder an der Schule erfolgreich sind bzw. im Krisenfall gefördert werden.

Starre Hierarchien

Wäre es unter diesen Umständen nicht gerade sinnvoll, dass Lehrerinnen und Lehrer die Initiative ergreifen und sich Hilfe holen bzw. sich gegenseitig helfen? Dieser grundsätzlich sicher nicht falsche Ansatz vernachlässigt einen wesentlichen Faktor, der weit darüber hinaus geht, dass z. B. gegenseitige Unterrichtsbesuche von Kollegen allein aufgrund der Stundenpläne kaum möglich sind. Die Schule ist ein Ort starrer, undurchlässiger und undurchschaubarer Hierarchien, an deren letzter Stelle der eigentlich Handelnde, der Lehrer steht. Hierarchien innerhalb der Schule selbst; die häufig nur durch Anweisungen wahrnehmbare Behörde, die nicht hinterfragbar in den schulischen Alltag eingreife; das Ministerium, das noch weiter entfernt ist und dessen Entscheidungen häufig mit Kopfschütteln zur Kenntnis ge-

nommen, aber erfüllt werden (müssen). Der einzelne Lehrer kommt in diesen Abläufen kaum oder gar nicht vor, es sei denn, er erhält eine Urkunde oder wird wegen einer Verletzung des Dienstrechts diszipliniert.

Die Folgen sind immer spürbar: in Unsicherheit, Schulgefühlen, Ängsten und eben auch in der Abneigung gegen Überprüfungen der eigenen Tätigkeit. Dass bisher nur Schulleiter eine Art Coaching erhalten, um ihre „Managementfähigkeiten“ zu erhöhen, ist Teil des Systems der Bertelsmann-orientierten Schulen, die sich immer weiter von pädagogischen Grundsätzen und Zielen lösen. Sprach man früher von reformpädagogischen Schulen, wäre es heute schön, überhaupt von pädagogischen Schulen sprechen zu können.

Gibt es einen positiven Ausblick? Vielleicht wenn der Öffentlichkeit nicht nur die tatsächliche Lage der Schulen wirklich bewusst wird, sondern wenn die seit Jahrzehnten bekannten Konzeptionen endlich umgesetzt werden. Das kostet natürlich Geld. Unsere Kinder sollten es uns wert sein.

Britta Beuel, Minden

Gekürzte Fassung. Vollständiger Leserbrief:
frblog.de/unpaedagogisch

Kranke Systeme - GEW für Senkung der Belastungen

**Nun sind es auch „unsere Kinder“, die uns aufhorchen lassen.
Verdopplung der Anzahlen bei Depression!**

Bislang sind uns diese Zahlen nur aus der Erwachsenenwelt ins Bewusstsein gedrungen. Dort wird als eine der Hauptursachen mangelnde Organisation ausgemacht. Teure Fortbildungen, Coaches etc., sollen die Arbeitsprozesse effizienter gestalten. Alte Geschichten werden dabei wieder neu entdeckt, denn schließlich müsse man sich nur am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen (Münchhausensyndrom?). Nur endet der Prozess leider nicht mit einem happy end, sondern mit der Verdopplung der Erkrankungen in einem relativ kurzen Zeitraum. Die Ursachen, wie Druck, mangelnde Wertschätzung, schlechtes Betriebsklima, zu viele Belastungen, fehlende Präventionsketten etc. sind bekannt. Diese Mosaiksteine müssen in den Systemen Berücksichtigung finden, um wieder dem Menschen gerecht zu werden. Es ist höchste Zeit, dass die Verantwortlichen erkennen, dass die Gesunderhaltung günstiger ist, als an teuren, systemimmanenten Fehlern festzuhalten.

Lothar Jacksteit, Karl-Heinz Mrosek

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Stadtverband Gelsenkirchen

GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT

Gelsenkirchen, 1.09. 2012

Stadtverband Gelsenkirchen
Essener Str. 88
45888 Gelsenkirchen

RVR – Verbandsversammlung vom 24.09.2012 Tagesordnung

Ministerpräsidentin des Landes NRW
Frau Hannelore Kraft
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen
Herrn Frank Baranowski
Rathaus Buer
Goldbergstr. 12
45875 Gelsenkirchen

Offener Brief

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin!
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Am 20. Januar 2012 wurde in Mülheim im Beisein der Ministerpräsidentin der Bildungsbericht Ruhr vorgestellt. In über 2 - jähriger Arbeit wurde die Situation analysiert. Es wurden Handlungsempfehlungen zur Überwindung der Bildungsbenachteiligung gegeben. Seit der Veranstaltung in Mülheim ist wenig passiert. Die aufwändige Arbeit des über 20-köpfigen Wissenschaftlichen Konsortiums darf jetzt nicht in der Schublade verschwinden. Die Zeit verrinnt im so genannten Demografielabor.

Wir bitten den Herrn Oberbürgermeister und Sprecher der SPD-Ruhr, auf der nächsten Sitzung der RVR-Verbandsversammlung am 24.09.2012 tätig zu werden:
Der Bildungsbericht Ruhr muss die Grundlage für ein gemeinsames Handlungskonzept der Städte des Ruhrgebietes werden, eine Initialzündung für einen Masterplan Bildung auslösen.

Ruhrregionale Initiativen in Sachen Bildung gibt es seit Anfang 2004.
Wir erinnern an die Emscher-Lippe-Konferenz in der Arena auf Schalke, an das Initiativpapier der Stadtspitzen von Juli 2004 ... etc... Was zielgerichtete Politik gegen soziale Disparitäten von Kindern und Familien sein wollte, verpuffte bisher stets als Medienereignis. Ein gewaltiger Strukturwandel sieht anders aus.

Man kann es drehen und wenden, wie man will: „Ohne Moos, Kinder chancenlos“. Die RVR – Resolution vom 22.03.2010 „Metropole Ruhr braucht gesunde Kommunen“ hat das strukturelle föderale Problem angerissen. Ein Städtebündnis „Raus aus den Schulden“ war oder ist tätig.
Zwei Kernfragen sind zu beantworten:

1. Welche Investition braucht es, um die von der Prognos – Studie dargestellten volkswirtschaftlichen Schäden mittels einer lückenlosen Förderkette zu reduzieren?
2. Wie können Städte in der Vergeblichkeitsfalle, wie kann das Land NRW eine präventive Arbeits- und Sozialpolitik finanzieren (GO NRW § 1 (1); LV NRW Art. 79 Satz 2; GG Art. 72, Abs. 2)?

In „Wandel als Chance“ ist die Bildungsregion Ruhr 2018 als Modell „für die systematische Entwicklung des Bildungswesens in industriell geprägten Räumen“ angekündigt (**Anlage**). Wir entnehmen der genannten Broschüre Anregungen für Ihr politisch-strategisches Handeln im Sinn eines Masterplan Bildung, z. B.

- die „Gründung einer Organisationseinheit“
- interkommunales Handeln
- Querschnittshandeln der Landesregierung

Der GEW-Stadtverband fordert gemeinsam mit der AG Masterplan Bildung Ruhr/ Leiter Alfons Kunze, nachhaltige und bedarfsgerechte Unterstützungsstrukturen für den Bildungsbereich in Gelsenkirchen, in der Metropole Ruhr!

Mit freundlichen Grüßen
Karl-Heinz Mrosek Leitungsteam

Anlage

Bildungsregion Ruhr 2018

in:

Wandel als Chance – Positionspapier der Metropole Ruhr und des Kreises Steinfurt aus Anlass einer Bewertung von Folgen der Kohlebeschlüsse
FÖRDERN + BEGLEITEN (Excerpt)

Leitmotiv:

„Modell für eine systematische Weiterentwicklung des Bildungssystems in industriell geprägten Räumen“

Bildung

ist Bestandteil der integrierten Standort- und Stadtentwicklung innerhalb von Konzept Ruhr:

Bildungsregion Ruhr:

2018 + Wirtschaftsförderung + Stadtentwicklung
„Die Projekte zur integrierten Standort- und Stadtentwicklung aus dem Konzept Ruhr und die Bildungsregion Ruhr 2018 ergänzen sich wechselseitig.“

Gründung einer Organisationseinheit („Bildungsforum Ruhr“)

Aufgaben: „Koordination der Zusammenarbeit in der Region“

Zuordnung: Konferenz der Bürgermeister/ Landräte

Basis der Koordinierungsstelle

„Bildungsforum Ruhr“:

Vereinbarungen mit Land NRW / Institutionen der Wirtschaft / Verbände des Bildungswesens

problematische Stadtteile – endlich im Blick

„Die besondere Sozialstruktur in der Metropole Ruhr schafft in vielen Stadtbezirken die Notwendigkeit für zusätzliche Maßnahmen der Städte in den Bereichen Jugendhilfe und Bildung. Dazu gehören zum Beispiel zusätzliches Personal in Kindereinrichtungen, Sozialarbeiter, Schulpsychologen, Bibliotheksmitarbeiter oder Sachaufwendungen für Lehrmaterial, Schülermahlzeiten oder Räumlichkeiten.“

Kommunal Finanzen – Kommunalaufsicht

Kritik: Die Kommunalaufsicht definiert Maßnahmen für Bildung und Jugendhilfe als „freiwillige Leistungen“ – und setzt die Streichung durch. „Damit fallen oft wichtige Bausteine der Betreuung von Kindern und Jugendlichen aus“.

Forderung: „Notwendig ist die Anerkennung derartiger freiwilliger Leistungen“.

Projekte:

1. Pädagogische und organisatorische Zusammenführung von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen auf Antrag der Schulträger
2. Flächendeckender Ausbau der Ganztagsangebote in allen Schulformen
3. Berufsvorbereitung an Schulen/ Patenschaften von Unternehmen
4. Fachkräftemangel/ Zukunftsvertrag Ausbildung

5. Erhalt der Berufskollegs und Ausbildungsplätze im Verbund der Kohlewirtschaft
6. Masterplan „Lebenslanges lernen“
7. Internationale Schulen
8. Erweiterung von eigenständigen Handlungsmöglichkeiten für die Kommunen

Beteiligte:

- NRW Ministerien: Schule und Weiterbildung / Arbeit, Gesundheit und Soziales (Laumann) / Generationen, Frauen, Familie und Integration (Laschet) / Inneres (Wolf)
- Städte und Kreise, kommunale Spitzenverbände
- Freie Träger der Kindertageseinrichtungen,
- Lehrerverbände, Personalräte, Gewerkschaften
- Bildungsforum Ruhr,
- IHKs, Handwerkskammern,
- Initiativkreis Ruhr
- Metropole ruhr

Positionspapier „Wandel als Chance“ als Plattform:

verabschiedet auf der Konferenz der Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister und Landräte der Metropole Ruhr am 23.10.08

Adressaten:

- Landesregierung NRW
- Kohlestiftung und die Unternehmen des Bergbaus
- Institutionen der Wirtschaft
- Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen
- Verbände und Interessengruppen

erstellt von: Arbeitskreis Standortvorsorge der Kohlestädte seit Januar 2008

Mitglieder des Arbeitskreises

- **17 Städte:** Bergkamen, Bottrop, Dinslaken, Dorsten, Dortmund, Duisburg, Gelsenkirchen, Haltern am See, Hamm, Herne, Herten, Ibbenbüren, Kamp-Lintfort, Lünen, Marl, Moers, Neukirchen-Vluyn
- **3 Kreise:** Recklinghausen, Unna, Wesel und Steinfurt
- Zukunftsaktion Kohlegebiete e.V. (ZAK)
- Federführung: Bernd Tischler, Technischer Beigeordneter der Stadt Bottrop



*Redaktion:
Alfons Kunze*

Mitglieder im örtlichen Personalrat Grundschule



Lothar Jacksteit
Glückaufschule-Ückendorf
Vorsitzender und Mitglied
im Bezirks-Personalrat
Tel. priv.: 0209 492651
Tel. Pers.-büro: 0209 42241
E.-Mail: ljacksteit@arcor.de



Herbert Mellage
GGs Marschallstr.
Tel. dienstl.: 0209 86290
Tel. priv.: 0209 495975



Helga Wilde
GGs Bickernstraße
Stellvertretende Vorsitzende
Tel. dienstl.: 0209 85672
Tel. priv.: 0209 3666481



Jürgen Bleichert
Sternschule
Tel. dienstl.: 0209 394334
Tel. priv.: 0209 29009



Markus Dudel
Josef-Rings-Schule
Stellvertretender Vorsitzender und
Ersatzmitglied im
Bezirks-Personalrat
Tel. dienstl.: 0209 64610
Tel. priv.: 0209 3595576



Susanne Warschun
GGs Wiehagen
Tel. dienstl.: 0209 203072
Tel. priv.: 0209 516184
Ersatzmitglied



Marita Koch
Mährfeldschule
Tel. dienstl.: 0209 65060
Tel. priv.: 0209 778764



Necibe Köse
Glückaufschule-Ückendorf
Tel. dienstl.: 0209 202525
E-Mail: necibekoese 75@hotmail.de
Ersatzmitglied



Ingo Langenhagen
Zentrum für schulpraktische
Lehrerbildung Gelsenkirchen
GGs am Schloss Horst
Tel. priv.: 02362 795799



Vertrauensfrau der Schwerbehinderten
Marion Appold
GGs Bickernstraße
Tel. dienstl.: 0209 85672
E-Mail: Marion.Appold@gmx.de



Maria Gider
Josef-Ring-Schule
Tel. dienstl.: 0209 64610
Tel. priv.: 0209 3861648

*Schalke ist der
geilste Club
der Welt.*



Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
 Stadtverband Gelsenkirchen/Gladbeck
 Essener Straße 88, 45899 Gelsenkirchen
 Tel. 0209 513759
 Fax 0209 514207
 Karl-Heinz Mrosek/Lothar Jacksteit
 Leitungsteam

*Bisher hat nur
 die FDP geantwortet.*

GEW • Stadtverband Gelsenkirchen/Gladbeck • Essener Straße 88 • 45899 Gelsenkirchen

An die 12 Landtagskandidaten in Gelsenkirchen
 WAZ Gelsenkirchen und Buer

Gelsenkirchen, 9. Mai 2012

Offener Brief

Zu viel ist zu viel – Lehrerinnen und Lehrer entlasten

Sehr geehrte/r Frau/Herr

in der überregionalen Presse und an anderen Stellen ist vor kurzem veröffentlicht worden, dass jede/r 2. Arbeitnehmer/in an diversen Stressfaktoren erkrankt.

Auch für Lehrkräfte ist die berufliche Belastung kontinuierlich erhöht worden. Für viele Kolleginnen und Kollegen hat das schwerwiegende gesundheitliche Folgen.

In Gelsenkirchen erreichen nur noch 33 % die Regelaltersgrenze.

Aufgrund ansteigender Anforderungen durch Reformmaßnahmen drohen die Belastungen weiter zu steigen.

Der Stadtverband Gelsenkirchen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft erwartet deshalb von den Gelsenkirchener Landtagskandidaten den konsequenten Einsatz für die Lehrerinnen und Lehrer in Gelsenkirchen.

Lehrkräfte in Gelsenkirchen arbeiten in der Regel gerne für diese Stadt. Um diese Arbeit aber dauerhaft erledigen zu können, sind Sofortmaßnahmen erforderlich:

1. Senkung der Pflichtstunden
2. Verdoppelung der Anrechnungsstunden für das Lehrerkollegium, mindestens 10 Stunden bei kleinen Schulen
3. Anrechnungsstunden für Lehrerräte und Ansprechpartnerinnen für Gleichstellungen
4. Erhöhung der Leitungszeit für Schulleitungen
5. Umsetzung des Stufenplans „kleine Klassen“ der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW mit folgenden Höchstwerten:
 - 20 Schüler/innen an Grundschulen
 - 25 Schüler/innen an Schulen in der Sekundarstufe I und II
6. Durchgehende Doppelbesetzung von Integrationsklassen mit Regel- und Förderschullehrkräften bei max. 5 Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Klassen mit max. 20 Schülern (20, 5, 2)
7. Eine Fortbildungsoffensive unter Anrechnung auf die Unterrichtszeit
8. Eine Vertretungsreserve von mindestens 7 %
9. Altersteilzeit für tarifbeschäftigte und beamtete Kolleginnen und Kollegen nach der Regelung für Tarifbeschäftigte bis 2009

Solche Präventionsmaßnahmen dienen einerseits der Gesundheit von Lehrkräften und tragen andererseits zur Funktion eines inklusiven Schulsystems bei.

Wir fordern Sie deshalb auf, sich mit allen Kräften für entsprechende Verbesserungen für den Bildungsstandort Gelsenkirchen einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen
Lothar Jacksteit

Hohe Dunkelziffer bei Altersdiskriminierung

Altersdiskriminierung zählt zwar zu den häufigsten Diskriminierungsgründen in Deutschland, wird aber offenbar nur von einer Minderheit der Betroffenen auch tatsächlich angezeigt.

Das geht aus einer gemeinsamen Befragung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS), der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisation (BAGSO) und des Kuratoriums Deutscher Altershilfe (KDA) unter mehr als 300 Anlaufstellen in Deutschland hervor.

Darunter sind Seniorenorganisationen, Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Verbraucherzentralen, Frauen- und Behindertenverbände. Laut Einschätzung der beteiligten Organisationen gibt es bei älteren Menschen zum einen erhebliche Hemmungen, gegen Verhaltensweisen vorzugehen, die als diskriminierend erlebt werden. Zumindest teilweise scheint das auf die Sorge zurückzuführen zu sein, im Falle einer Beschwerde weitere Nachteile zu erleiden. Zum anderen gehen die befragten Organisationen davon aus, dass Benachteiligungen aufgrund des Lebensalters als normal erlebt werden.

Von den befragten Anlaufstellen erhielt mehr als die Hälfte (57 %) Beschwerden von Menschen, die sich aufgrund ihres Lebensalters benachteiligt sahen. Ältere Menschen fühlen sich demnach vor allem in der

Rolle als Verbraucherinnen und Verbraucher und als Patientinnen und Patienten benachteiligt. Im Bereich Arbeitswelt ist der häufigste Grund für Beschwerden das Herausdrängen älterer Beschäftigter aus Unternehmen. Auch die Bevorzugung jüngerer Bewerberinnen und Bewerber bei der Einstellung wird nach Angaben der befragten Organisationen überdurchschnittlich häufig genannt.

„Altersdiskriminierung ist ein ernsthaftes Problem in unserer Gesellschaft“, sagte Christine Lüders, Leiterin der ADS und kündigte an, im Rahmen des von der ADS ausgerufenen Themenjahres „Im Besten Alter. Immer.“ Ende April eine Aktionswoche auszurichten, um bundesweit verstärkt über den gesetzlichen Schutz vor Diskriminierungen aufzuklären. Darüber hinaus wird die Antidiskriminierungsstelle einen Unternehmerpreis für vorbildliches, altersübergreifendes Engagement ausloben. Eine von der ADS im Januar berufene Kommission soll bis Ende November konkrete Handlungsempfehlungen gegen Altersdiskriminierung erarbeiten.

Eine Übersicht der wichtigsten Umfrageergebnisse sowie weitere Einzelheiten der Erhebung von ADS, BAGSOP und KDA finden Sie unter www.ads.de sowie www.bagso.de

aus: Aktiver Ruhestand – Eine Veröffentlichung der GEW – Nr. 2/2012



Impressum

Herausgeber:

GEW-Stadtverband Gelsenkirchen
Essener Straße 88, 45899 Gelsenkirchen

Redakteur (verantwort.) Karl-Heinz Mrosek

Layout: Christine Steinchen

verantwortl.i.S.d.P.: Karl-Heinz Mrosek
GEW-Stadtverband
Gelsenkirchen
Essener Straße 88
45899 Gelsenkirchen

Die Pflegekraft aus Osteuropa – ist das nicht illegal?

Haushaltshilfen bei häuslicher Pflege

Einen pflegebedürftigen Angehörigen zu Hause zu betreuen, geht oft über die Kräfte der Familie. Ihn aber ins Heim zu bringen, kommt für die Familienmitglieder nicht in Frage. Hier bietet sich die Beschäftigung von ausländischen Haushaltshilfen als Ausweg an.

Solche „Haushaltshilfen“ können die pflegebedürftige Person bzw. die Familie unterstützen.

- Beim Einkaufen, Kochen, Waschen, Putzen und anderen Arbeiten im Haushalt,
- Bei pflegerischen Alltagshilfen, z.B. beim Essen und Trinken, Waschen, An- und Auskleiden, baden, Duschen, Zu-Bett-Gehen, Haarpflege usw. (sie dürfen

GEW-Geschäftsstelle:

Essener Straße 88 **Homepage:** www.gew-gelsenkirchen.de
45899 Gelsenkirchen **E-Mail:** gew-ge@gmx.de
Tel.: 0209 513759
Fax: 0209 514207

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag: 09:00 – 12:00 Uhr

Neu!

aber keine „Behandlungspflege“ durchführen),

- Bei der sozialen Betreuung und Motivation wie Vorlesen, Spazierengehen, Begleitung von Arztbesuchen.

Vor zwei Jahren berichteten wir schon einmal über diese Möglichkeit. Inzwischen hat sich einiges geändert. Seit dem 1. Mai 2011 können Haushaltshilfen aus fast allen EU-Mitgliedsstaaten, z. B. aus Polen, Tschechien, Ungarn, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen legal und ohne Arbeitserlaubnis beschäftigt werden.

Nur für Bürger der EU-Länder Bulgarien und Rumänien gilt das noch nicht; für sie soll die Beschränkung bis spätestens Ende 2013 fallen.

Selbstverständlich gelten für die Haushaltshilfen die Bestimmungen des deutschen Arbeits- und Tarifrechts. So muss in Baden-Württemberg ein Mindestentgelt von 1.536 € bezahlt werden. Hinzu kommen noch die Arbeitgeberanteile für die Kranken- und Rentenversicherung und die gesetzliche Unfallversicherung, sodass man auf etwa 1.850 € an monatlichen Kosten kommt.

Wenn die zu betreuende Person in eine Pflegestufe eingruppiert ist, kann zur Finanzierung das Pflegegeld von der Pflegekasse eingesetzt werden. Da diese Haushaltshilfen aber keine Pflegeleistungen übernehmen dürfen, muss für Medikamentengabe, Verbandswechsel usw. zusätzlich ein Pflegedienst beauftragt werden. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 38,5 Stunden.

Die Haushaltshilfe hat Anspruch auf Urlaub, nämlich bis zur Vollendung des 29. Lebensjahres 26 Tage, ab dem 30. Lebensjahr 30 Tage. Dies gilt bei einer Beschäftigung von fünf Tagen in der Woche.

Außerdem hat der Arbeitgeber für eine angemessene Unterkunft zu sorgen, sei sie nun im Haushalt selbst oder außerhalb.

Im Arbeitsvertrag sollte man festhal-

ten, dass zu den Aufgaben der Haushaltshilfe neben Putzen, Kochen, Einkaufen usw. auch die Unterstützung bei der Körperhygiene, dem Gang zur Toilette, dem An- und Auskleiden sowie beim Zu-Bett-Gehen und Essen gehört.

Es empfiehlt sich, zunächst eine Probezeit zu vereinbaren. In dieser Zeit können beide Seiten ohne Angabe von Gründen kündigen, wenn sie merken, dass die „Chemie“ nicht stimmt. Die Probezeit darf längstens vier Wochen dauern.

Nach der Probezeit beträgt die Kündigungsfrist einen Monat, jeweils zum Monatsende.

Schwarzarbeit vermeiden

Die Haushaltshilfe kann auch legal über eine Firma beschäftigt werden, die ihren Sitz in einem der oben aufgeführten Länder (außer Bulgarien und Rumänien) hat.

Die Helferin wird dann im Ausland bezahlt und versichert und von dem Unternehmen zur Arbeit nach Deutschland entsandt. Man sollte unbedingt darauf achten, dass die Bundesagentur für Arbeit der entsendenden Firma eine Verleiherlaubnis ausgestellt hat. Die Haushaltshilfe muss dann die Bescheinigung A1 vom ausländischen Sozialversicherungsträger vorzeigen können. Damit schließt die auftraggebende Familie Schwarzarbeit weitgehend aus. Zudem sollten die Auftraggeber darauf achten, dass Vertragsinhalte, die über die Vermittlung hinausgehen, ausschließlich im Vertrag mit der ausländischen Firma geschlossen werden.

Der Bedarf an Hilfskräften wird bislang häufig jedoch illegal gedeckt. Es gibt Vermittlungsfirmer, die Kontakte zu Frauen aus anderen Ländern herstellen, überwiegend aus Osteuropa (außer Bulgarien und Rumänien) sind das z. B. die Ukraine, Moldawien oder Weißrussland).

Sie werden von den Familien dann unter der Hand („schwarz“) bezahlt.

Da die Aufenthaltserlaubnis in diesen Fällen befristet ist (ein Touristenvisum reicht nur für wenige Monate) gibt es häufig regelrechte Vermittlungsketten: Für die eine Hilfskraft, die wieder in die Heimat zurückkehren und sich ein neues Visum beschaffen muss, was in der Regel längere Zeit dauert, kommt dann eine Zeitlang eine „Freundin“, die von der nächsten „Freundin“ abgelöst wird usw.

Das ist nicht nur illegal: Die Behörden ahnden Schwarzarbeit – soweit sie diese feststellen und nachweisen können- mit hohen Bußgeldern, wobei sie in der Regel die Vermittler ins Visier nehmen und die Arbeitgeber mit niedrigen Bußen davonkommen. Das ist auch ausbeuterisch und zudem unverantwortlich, weil die Hilfskräfte nicht einmal bei der Unfallversicherung angemeldet sind.

Hinzu kommt ein Problem (das leider auch bei der legalen Beschäftigung ausländischer Hilfskräfte bedacht werden muss): Diese Frauen gehen ja nicht aus Spaß, sondern aus blanker Not in die Fremde: Zuhause lassen sie die eigenen Kinder und den (häufig arbeitslosen) Mann, die von ihren Überweisungen leben. Werden diese Frauen dann hier auch noch für ihre Schwarzarbeit miserabel bezahlt, schließt sich ein Teufelskreis.

Wege zur Legalität

Wer sich mit dem Gedanken trägt, eine ausländische Haushaltshilfe legal einzustellen, erhält genaue Informationen über die Vermittlung und die Beschäftigungsbedingungen bei der Zentralen Auslands- und Fachermittlung (ZAV) der Bundesagentur für Arbeit:

Arbeitsmarktzulassung
Haushaltshilfen,
Villemonder Straße 76, 53176 Bonn.
FON: 0228 713-1414,
FAX: 0228 713-270-1415,
Internet: www.zav.de, E-Mail:
zav-bonn.haushaltshilfen@arbeitsagentur.de

Pflege von Angehörigen

Die Pflege von Angehörigen ist für immer mehr Kolleginnen und Kollegen ein Thema. Mittlerweile sind dafür einige Freistellungsmöglichkeiten geschaffen worden, die allerdings bei weitem nicht ausreichend sind.

Kurzzeitige Pflege

Wenn sich kurzfristig eine Pflegenotwendigkeit ergibt, kann man dem Dienst ohne Bezüge zwei Wochen (Angestellte 10 Arbeitstage) fernbleiben. Notwendig ist eine ärztliche Bescheinigung, deren Kosten der Dienstherr trägt.

Beurlaubung

Unabhängig von anderen Beurlaubungsmöglichkeiten kann man sich für die Dauer von sechs Monaten ohne Bezüge für eine Pflege freistellen lassen.

Notwendig ist jeweils eine ärztliche Bescheinigung, deren Kosten der Dienstherr trägt.

Familienpflegezeit

Wenn Beschäftigte ihre Arbeitszeit für die Pflege Angehöriger über einen Zeitraum von maximal zwei Jahren auf bis zu 15 Stunden reduzieren, wird ein Gehaltsvorschuss gewährt, den die Beschäftigten nach der Pflegephase zurückzahlen. Die Familienpflegezeit in dieser Form gibt es zurzeit nur für Angestellte, noch nicht für Beamtinnen und Beamte.

Hier der Kurzüberblick:

- Arbeitszeitreduzierung für max. 2 Jahre
- Verbleibende Arbeitszeit mindestens 15 Wochenstunden (Umrechnung auf Lehrerwochenstunden je nach Pflichtstundenhöhe)
- Gehaltsaufstockung um die Hälfte des reduzierten Arbeitsentgelts während der Familienpflegezeit (Beispiel: Verringerung der Arbeitszeit von 100 % auf 50 % bei einem Gehalt von 75 % des letzten Bruttoeinkommens)
- Rückkehr zur alten Arbeitszeit – bis zum Ausgleich des Gehaltsvorschusses wird weiterhin das reduzierte Gehalt gezahlt
- Verpflichtung zum Abschluss einer privaten Familienpflegezeitversicherung
- Rentenansprüche etwa auf dem Niveau der Vollzeitbeschäftigung durch Beitragszahlungen aus dem reduzierten Gehalt und Leistungen der Pflegeversicherung in der Familienpflegezeit.

Quelle: also 125/2012 – GEW-Wuppertal

KALTE FÜSSE

Speziell Frauen und ältere Leute leiden häufig unter kalten Füßen. Angesichts steigender Energiepreise wird dies immer mehr auch ein finanzielles Problem.



So kann man sparen: Benutzen Sie die gute alte Wärmflasche. Füllen Sie diese, aber nicht mit Leitungswasser, sondern geben Sie tüchtig Salz hinzu. Das muss nicht hochwertiges Speisesalz sein. Streusalz oder Spülmaschinensalz tut es hier auch. Je nach Höhe des Salzgehaltes kann man so den Siedepunkt des Wassers von 100 °C auf bis zu 108 °C steigern. Die Wärmeabgabe der Flasche hält so länger vor. Das erkaltete Wasser am nächsten Morgen nicht entsorgen, sondern erneut benutzen. Das spart Geld und schont die Umwelt.

Probieren Sie es doch einmal aus.

Kalle Mottek

NRW-Wahl:

Mehr als die Hälfte aller GewerkschafterInnen wählen SPD.

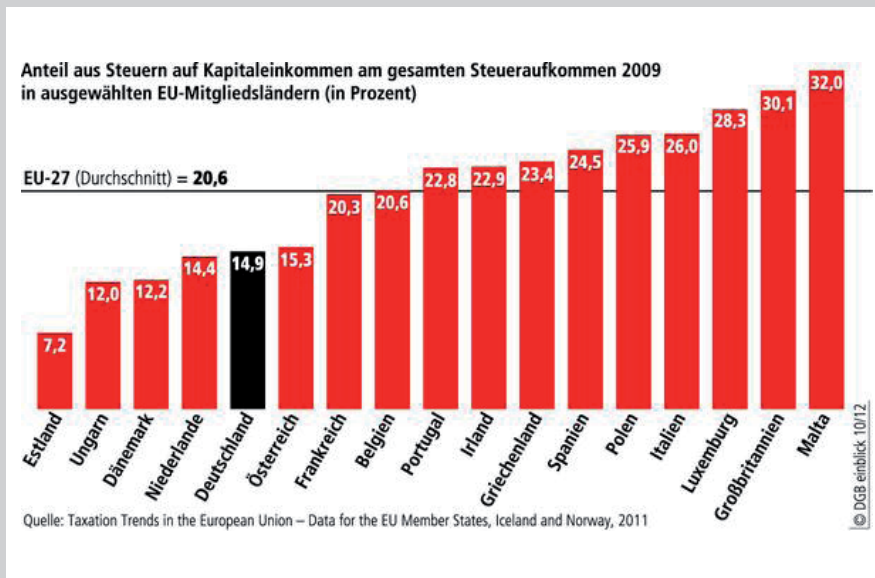
Zweitstimmen bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 13. Mai 2012

Mit 53 Prozent erreicht die SPD bei der Wahl in Nordrhein-Westfalen unter den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen einen mehr als dreimal so hohen Stimmenanteil wie die CDU (17 %). Auf dem dritten Platz folgen Bündnis 90/Die Grünen mit zehn Prozent. Mit einem Plus von sieben Prozentpunkten kann die Piratenpartei auch unter den GewerkschafterInnen den höchsten Zuwachs verbuchen. Hohe Verluste mussten die Linke mit einem Minus von fünf und die CDU mit einem Minus von vier Prozentpunkten hinnehmen. Die von Hannelore Kraft (SPD) geführte rot-grüne Landesregierung steht bei Frauen hoch im Kurs - über 53 Prozent der Wählerinnen stimmten für Rot-Grün (SPD: 40,7 %, Grüne 12,9 %). Vor allem bei den Gewerkschaftsfrauen: Mehr als 66 Prozent von ihnen votierten für Rot-Grün (SPD: 52,2 %, Grüne: 14,0 %) gegenüber knapp 60 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Männer (SPD: 51,7 %, Grüne 7,9 %).

KAPITALSTEUERN: Deutsche zahlen unter EU-Durchschnitt

Nach wie vor leistet sich Deutschland eine erheblich niedrigere Besteuerung von Kapital- und Firmeneinkünften (14,9 %) als der EU-Durchschnitt (20,6 %). Im Vergleich der EU-27 kommt Deutschland gerade mal auf Platz 17. Von 2000 bis 2009 ist der Steueranteil aus Kapitaleinkünften um 1,3 Prozent gesunken. Vor allem die Einführung der Abgeltungssteuer 2009, mit der Kapitaleinkommen paschal mit 25 Prozent versteuert werden, führte zu Mindereinnahmen.

aus: „einblick“ 10/12



Schbara

Etzt merkt mr,
dass mr koi Geld meh hot.
Etzt frangt mr a mit schbara.
Etzt wurd gschbart
bei denne Beamda.
Dia mog sowieso koiner
Ond dia hend sowieso z'viel
Ond dia schaffet sowieso nex.
Do wurd etzt gschbart!
Ond wenn dia Beamda no
Ebbas drgega macha wellet,
no rennt sie
mit voller Wucht
uff ihran Beamdaschdatus.
Haha!
Matthäus

Es ist jetzt 30 Jahre her, dass dieses Gedicht in der damaligen Lehrerzeitung Baden-Württemberg (der heutigen „bildung und wissenschaft“) erschien. Es ist wahrhaft zeitlos – aktuell wie eh und je.

Das Geld wäre da.

Über wirtschaftliche Fragen herrscht nicht nur deshalb eine weit verbreitete Unkenntnis, weil sich viele Menschen nicht dafür interessieren – wobei ausgerechnet die Menschen am wenigsten wissen (und wissen wollen), denen es am schlechtesten geht. Das liegt auch an einer gezielten Desinformationspolitik der Besitzer großer Vermögen und ihrer Lakaien, z. B. gut bezahlter Journalisten.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund versucht dem dadurch zu begegnen, dass er beispielsweise auf seiner Internetseite „Gegenblende“ (<http://www.gegenblende.de>) immer wieder Fakten zusammenstellt. Denn ohne die kann man zwar gut schimpfen, aber wer sachlich mitdiskutieren oder sich einmischen will, muss die Tatsachen kennen. Und: Dabei helfen keine Wunschvorstellungen oder leeren Parolen weiter, sondern das müssen „belastbare“ Fakten sein.

In der „Gegenblende“ vom 13. März 2012 informierte Prof. Dr. Lorenz Jarass über die Zusammenhänge von Steuern, Löhnen und Vermögen und zeigt auf: Das Geld (z. B. für ein besseres Bildungswesen) wäre da – wir müssen es uns nur holen. Wir geben diese Darstellung hier wieder und wollen damit zugleich animieren, die „Gegenblende“ immer wieder einmal im Internet zu besuchen. Denn nur wenn wir uns fundiert und qualifiziert einmischen, können wir etwas ändern.

D.Red.

Druck: Firma Blömeke SRS GmbH
Resser Straße 59, 44653 Herne

Auflage: 4.300 Exemplare

Es war einmal...oder: Name-dropping mit Fußballern, Trainern, Schiris und anderen Lichtgestalten



Es war einmal ein kleiner Junge, der hieß FRANZ KAISER. Er hatte einen großen CALMUND, war aber ansonsten eher abgemAGATH. Sein Stiefvater, bei dem er lebte, war nämlich recht arm und hatte schon viele Berufe ausgeübt: er war MÜLLER, SCHÄFER, NETZER, BECKEWNBauer, FÄHRMANN und arbeitete jetzt als SCHWEINSTEIGER in einer Besamungsanstalt.

Eines Tages strich der Vater dem Jungen über sein ENGE-LAAR und sagte: FRANZ: MERCK auf, mein Sohn. Der

FLEISCHER will uns nichts mehr auf Pump geben, obwohl ich ihm alle unsere HOYZER im Schuppen als FANDL angeboten habe. Gehe deshalb hinaus in die Welt und suche dein Glück – vielleicht wirst du sogar mal ein PRINZ, mein POLDI!

Der Junge setzte seine VANBOMMEL-Mütze auf und nahm ERNST Abschied von seinem Vater

FABIAN. Er holte seine Rucksack aus dem SCHOBBER und wanderte durch WEIDEN und FELLER und den WALD OCH, erklimm den SCHNUSENBERG und danach den REHBERG, rannte vor einem LÖW und einem PANDER davon, zog an den Häusern vorbei, aus deren Kaminen der EIGENRAUCH aufstieg, setzte mit einem KAHN über den ZE ROBERTO und sah dabei ein REH. HAGEL gab es auch zwischenzeitlich.

Er war VAN DER VAART schon ganz erschöpft, als er eine Pommesbude sah, ganz nahe BEY RAMOVIC.

Er trat ein und sagte zum Wirt, der ein BASTÜRK war: MEHMET, brate mir ne SCHOLL – mit Kartoffeln. Oder einen BUTT. Mehmet antwortete: Das ist mir jetzt aber BEINLICH; meiner Frau HILDE BRANDT vorhin die Pfanne an und sie ist noch nicht wieder REINKE. Und auch die Kartoffeln sind ziemlich ALT IN TOP. Franz fragte: Hast du nicht noch ein paar KLOSE? Oder einen Rest vom SCHAAF. Oder eine ROST-Bratwurst? Oder eine PIZZARRO? Mehmet schüttelte den Kopf. Die letzte PIZARRO hat vor ein paar Minuten der TRAPPA TONI aufgefressen, sie schmeckte ihm übrilens LUCA, dem TONI. Ich kann dir aber eine Tasse CAKAO mit RA-FINHANiertem Zucker anbieten.

Da war der kleine Franz ganz traurig und lutschte vor lauter Hunger an seinem DAUM; vor Verzweiflung bekam er fast einen KOLLER und große AUGENTHALER rannen ihm die Wangen runter. Als er schon nach Luft RANG, NICKTE ihm Mehmet zu: HOE—NESS mir

nicht die Bude voll und VÖLLER. Da muss ich ja zum Säubern den KLIENS-MANN kommen lassen. Dann gibt es wieder STREIT. Mehmet HINKELte hinter seinem Tre-sen hervor, denn er hatte ein HOELZENBEIN und war schon etwas LAHM in der Hüfte! Er sagte: Jetzt WILL-MOTS und MAKAYer hier nicht so rum. Ich schenke dir diesen HUTH. Er ist von meinem Freund ROBERT und wird dich vor den BLATTERn schützen. Und weil Mehmet kein G sprechen konnte und stattdessen immer ein L setzte, wie ihr an den Wörtern aufleissen und übrilens schon gemerkt habt, sagte er zum Abschied: Nun LEH, MANN!

Franz stapfte los – er ging durch SAND, über den MER- TESACKER, durch den BINDEWALD und das MIN-TAL und über den EIKELKAMP und kam aufs SEE-DORF zu. Am Dorfeingang standen zwei Feen, deren Augen FUNKELten wie ein BALL, LACK überzogen, und in ihren Händen hielten sie RUT(T)EN. Als Franz die beiden Feen sah, sagte er zu sich: Ich glaub, ich wird beKLOPPt. Die Feen sprachen: HAITO, HAITO! Wird sind die Schwestern CHERUNDOLO und EGGIMANN und haben uns einst FARFAN. Und wenn du uns küsst, dann verraten wir dir, wo der geheimnisvolle KRSTA-JIC verborgen ist, der dich unendlich reich machen wird. Echt, wir STRUNZEN nicht.

Der kleine FRANZ zögerte und zauderte und sagte kei-nen THON, denn er war ja noch nicht so ein Weihnachts-feier-Luder wie später in seinem Leben. Aber schließlich überwand er sich und küsste die bei- d e n .

Da gab es ein Getöse: es machte RAPOLDER, RAPOLDER, AHANFOUF, AHAN-FOUF, TJIKOUZU, TJIK-OUZI und CANTALUP-PI, CANTALUPPI. Und zwei Männer standen vor Franz: Wir sind ja keine Feen, sagten sie. Das war ein SCHERZ. Wir sind die KRE-

MERS-Zwillinge. Danke, dass du den Fluch von uns genommen hast. Und SKIBBEDidu, SKIBBEDida BABELnd verschwanden die beiden im SAMMERlichen HITZFELD. Wohin sie wollten? Ich weiß es nicht genau – vielleicht nASAMOAH! Da wurde



unser FRANZ aber richtig krAS_SAUER und LAUTH und schrie: Ihr BARBAREZEN. Wenn ich euch zu fassen kriege, dann nehme ich mein KLINGBEIL und mache aus euch TAKAHARA mit HASHEMIAN-Sauce und OUDE-KAMPHUIS-Gratin. Weit hinter dem SEEDORF leuchte auf einmal das SANTA CRUZ auf. Und darauf ging unser FRANZ jetzt zu.

Wird er den geheimnisvollen KRSTAJIC finden?

Wird der kleine FRANZ zu seinem Stiefvater zurückkehren?

Und: Werden die KREMERS-Zwillinge für ihren Scherz bestraft werden?

Davon vielleicht ein andermal!



Bernd Matzkowski



Schulwechsler in NRW Meistens wird abgestiegen

Was Lehrern an Hauptschulen aber auch an Realschulen längst klar war, hat die Bertelsmann-Stiftung aktuell untersucht. Im Schuljahr 2010/2011 wurden bundesweit 50.000 Schüler herabgestuft. Einen Aufstieg gab es nur bei 23.000 Schülerinnen und Schülern.

Und so sah es im Schuljahr 2010/11 in NRW aus: Hier wechselten 5.398 von der Realschule auf die Hauptschule und 4.835 vom Gymnasium auf die Realschule.

178 Schülerinnen und Schüler wurden direkt am Gymnasium ab- und an der Hauptschule angemeldet. Der Aufstieg gelang bei 1.873 Kindern.

1.181 von Ihnen gelang es von der Hauptschule auf die Realschule zu steigen und 645 von der Realschule auf das Gymnasium.

Dazu sagte GEW-Landesvorsitzende Doro Schäfer „Von einem gerechten und leistungsstarken Bildungssystem sind wir noch weit entfernt“.

Solange es in unserem Lande weiterhin das gegliederte Schulsystem gibt, wird sich daran auch nicht viel ändern. Zumindest nicht in den nächsten 11 Jahren, denn so lange gilt der **Bildungskonsens**.

Karl-Heinz Mrosek

Ich rufe alle Menschen auf: Engagiert Euch für konkrete Alternativen! Engagiert Euch für die Gemeinwohl-Ökonomie!

Stéphane Hessel

Christan Felber Gemeinwohl-Ökonomie

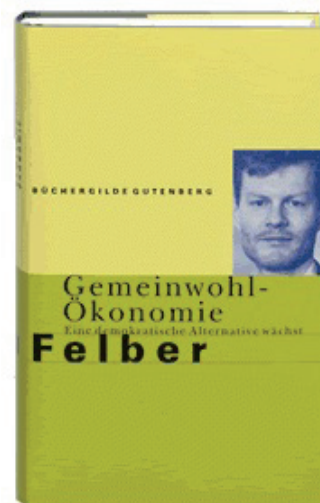
Eine demokratische Alternative wächst

Eine demokratische Bewegung wächst: Christan Felbers Gemeinwohl-Ökonomie findet immer mehr Anhänger. „Ein großartiges wichtiges Buch!“, befindet auch Jean Ziegler.

Vor einem Jahr hat Christian Felber, Mitbegründer von Attac, seine Idee der Gemeinwohl-Ökonomie entwickelt und vorgestellt. Nach nur 12 Monaten hat sein alternatives Wirtschaftsmodell in- und Ausland ein überwältigendes Echo ausgelöst. Mehr als tausend Privatpersonen, Politiker und Politikerinnen, Initiativen und Unternehmen haben sich der Idee angeschlossen. Felbers Gemeinwohl-Ökonomie beruht – wie eine Marktwirtschaft – auf privaten Unternehmen und individueller Initiative, jedoch streben die Betriebe nicht in Konkurrenz zueinander nach Finanzgewinn, sondern sie kooperieren mit dem Ziel des größtmöglichen Gemeinwohls. Die erfolgreichsten Unternehmen, also jene, die sozial verantwortlich, ökologisch, demokratisch und solidarisch agieren, erhalten rechtliche Vorteile.

Weil das Modell offen und demokratisch weiterentwickelt wird, hat sich in den letzten Monaten viel getan: Die Gemeinwohl-Bilanz wurde mit über hundert Pionier-Unternehmen präzisiert, zwölf Akteure/Akteurinnen-Kreise haben sich in Deutschland, Österreich und Italien gebildet, zahlreiche Regionalgruppen sind aktiv geworden und haben eine gemeinsame Strategie für die kommenden Jahre entwickelt. Ein radikaler Entwurf, der diskussionswürdig ist in Zeiten, in denen reformerische Ansätze immer wieder in den Anfängen stecken bleiben. Denn, so Helmut Lind, Vorstandsvorsitzender der Sparda-Bank München und Verfechter der Gemeinwohl-Ökonomie, „wenn keiner anfängt vor zu denken, dann wird auch keine neue Welt entstehen“, Es ist fünf vor zwölf ...

Leinen mit Schutzumschlag, 240 Seiten, 16,95 €



DGUV Vorschrift 2 - rechtsverbindliche Unfallverhütungsvorschrift

Der Themenkomplex „Arbeits- und Gesundheitsschutz“ ist für Schulen kein leichter Auftrag. Schulleiter befinden sich dabei in einem Dilemma. Sie haben die Aufgabe den Schulbetrieb aufrecht zu erhalten und Tätigkeitsfelder an das Kollegium zu delegieren.

Sollten aber Kolleginnen und Kollegen unter diesen Belastungen erkranken, werden Schulämter nicht müde auf § 59(8) SchulG NRW zu verweisen:

„Die Schulleiterin oder der Schulleiter ist für die Unfallverhütung sowie eine wirksame Erste Hilfe und für den Arbeits- und Gesundheitsschutz verantwortlich.“

Damit haben die Dienststellen die Schuldigen bzw. den Schuldigen bereits gefunden.

Dies steht allerdings diametral zum Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG), welches in §§ 3-14 die Pflichten des Arbeitgebers regelt. Zu den Grundpflichten (§ 3) wird ausgeführt: „Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die erforderlichen Maßnahmen des Arbeitsschutzes unter Berücksichtigung der Umstände zu treffen, die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten bei der Arbeit beeinflussen.“ In § 4 hat der Arbeitgeber „bei Maßnahmen des Arbeitsschutzes von folgenden allgemeinen Grundsätzen auszugehen:

1. Die Arbeit ist so zu gestalten, dass eine Gefährdung für Leben und Gesundheit möglichst vermieden und die verbleibende Gefährdung möglichst gering gehalten wird; [...]

Die Diskrepanz zwischen Schulgesetz (Schulleitung) und Arbeitsschutzgesetz (Arbeitgeber: Land NRW vertreten durch die Bezirksregierungen) macht deutlich, dass wir noch weit von einem verantwortungsbewussten Arbeits- und Gesundheitsschutz zu Gunsten der Kolleginnen und Kollegen im Bildungsbereich entfernt sind.

Hoffnung macht allerdings eine jüngere Vorschrift. Die **Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung, DGUV** hat am 01.01.2011 mit der Vorschrift 2 die erste gemeinsame Unfallverhütungsvorschrift für den gewerblichen und öffentlichen Bereich erlassen.

Sie ist als autonomes Recht der Unfallversicherung einheitlich in allen Verwaltungen / **Schulen NRW's rechtsverbindlich.**

Das wesentliche Ziel ist dabei die Festlegung einer einheitlichen Grundlage für die Betreuungszeiten der Schulen durch die Fachkraft für Arbeitssicherheit und die betriebsärztliche Betreuung. Hierbei ist vor allem über Aufgaben zu sprechen, welche eine betriebliche Arbeitsschutzstrategie erfordert.

Der eigentliche Text der Vorschrift wird ergänzt durch diverse Anlagen und Anhänge. Interessant ist hierbei u.a. der betriebsspezifische Teil der Betreuung. Dieser enthält Aufgabenfelder die zu berücksichtigen sind. Im ersten Aufgabenfeld ist z. B. zu prüfen, ob regelmäßig betriebsspezifische Unfall- und Gesundheitsgefahren vorliegen. Daneben sind Erfordernisse zur menschengerechten Arbeitsgestaltung zu ermitteln.

Die Vielzahl der Langzeiterkrankungen im Schulbereich deuten an, dass es höchste Zeit ist eine menschengerechte Arbeitsgestaltung vorzunehmen. Hilfen bieten dabei die aufgelisteten Unterpunkte der Aufgabenfelder. Sie können durch Schulspezifika (in Klammern) ergänzt werden.

Aufgabenfeld 1

- 1.1 Besondere Tätigkeiten (Welche Aufgaben neben Unterricht? „Belastungsorganigramm“)
 - 1.2 Arbeitsplätze und Arbeitsstätten, ... (Schallschutz, Schimmel, Ruhe-/Pausenräume, Brennpunktschulen)
 - 1.3 Arbeitsaufgaben und Arbeitsorganisation (Vera, Delfin, Vergleichsarbeiten, Einschulungstests, Anzahl der Konferenzen und Dienstbesprechungen etc.)
 - 1.4 Erfordernis arbeitsmedizinischer Vorsorge (Prävention, um Lehrkräfte dauerhaft gesund zu erhalten)
 - 1.5 Erfordernis besonderer betriebsspezifischer Anforderungen beim Personaleinsatz (anderer Personalschlüssel an schwierigen Standorten oder bei GU oder in IFö-Klassen)
- [...]

Zukünftig wird es darauf ankommen bei Erkrankungen, die durch den Schulalltag entstanden sind, **z. B. durch Stress und Überforderung**, nicht nur den Hausarzt zu konsultieren, sondern ebenso die Betriebsärztin.

Nur auf diesem Wege lässt sich mittel- bis langfristig eine nachhaltige Präventionskette entwickeln. Sie wird Maßnahmen enthalten, die zu einem wirksamen Arbeits- und Gesundheitsschutz beitragen und dazu führen können, dass wir nicht mehr so oft an den schulspezifischen Störfaktoren erkranken müssen.

Dies wird vor allem dann möglich, wenn Dienststellen ihre Verantwortung wahrnehmen und erkennen, dass auch sie Teil eines solchen Prozesses sind.

Lothar Jacksteit

Vorankündigung:

Die Personalversammlung
für Lehrkräfte an Grundschulen
in Gelsenkirchen
findet Dienstag, den 23. April 2013
in der Aula der
Gerhart-Hauptmann-Realschule statt.
Beginn: 13.00 Uhr.

Schulleitung: Ahnungslos?

Es soll vorgekommen sein, dass Gelsenkirchener Schulleitungen Beschäftigten den Besuch ihrer Personalversammlung abgelehnt bzw. erschwert haben.

Deshalb diese Hinweise:

1. Alle Beschäftigten haben das gesetzliche Recht die Personalversammlung zu besuchen. Die Teilnahme darf nicht „kontingiert“ werden.
2. Sie können ihren Unterricht so rechtzeitig schließen, dass sie rechtzeitig zu Beginn der Versammlung eintreffen (ggfs. mit öffentlichen Verkehrsmitteln).

Einsatz von Lehrkräften im (Offenen-) Ganzttag

Der örtliche Personalrat Grundschulen in Gelsenkirchen konnte sich mit seiner Auffassung, dass Lehrkräfte auch im Nachmittagsbereich nur im Rahmen der Pflichtstunde (1UE = 45 Min., also nicht 60 Min.) eingesetzt werden können, durchsetzen.

In der aktuellen ADO findet dies im neueingefügten §4 Niederschlag. Unter Absatz 2 ist geregelt, dass Lehrkräfte sich an der Planung und Umsetzung der Ganztagsangebote beteiligen sollen, „soweit hierfür Lehrerstellen zur Verfügung gestellt werden“. Eine Lehrerstelle an der Grundschule entspricht 28 Unterrichtsstunden pro Woche.

Jede Arbeitseinheit von 45 Minuten, die eine Lehrkraft im Offenen Ganzttag leistet reduziert also ihre individuelle wöchentliche Unterrichtsverpflichtung um eine Unterrichtsstunde. Die Arbeit einer Lehrerin im Offenen Ganzttag ist damit dem unterrichtlichen Einsatz im Schulbetrieb rechtlich gleichgestellt.

Die ADO bestätigt also die Rechtsposition die die GEW und der Grundschulpersonalrat seit langem vertreten.

Lothar Jacksteit

Rechenschaftsbericht des Vorstandes zur Jahreshauptversammlung am 15.02.2012

Die Jahreshauptversammlung fand am 24.02.2012 statt.

Die Anzahl der Mitglieder insgesamt 1230

- Gelsenkirchen 1046, Gladbeck 184
- Im Berichtszeitraum fanden 8 Vorstandssitzungen mit folgenden Themen statt:
- Terminplanung/Finanzplanung
- Zusammenarbeit STV Gelsenkirchen und OV Gladbeck
- Wahlkampf Personalratswahl 2012
- Vorbereitung der JHV 2012 auf Hof Holz
- Inklusion
- „Masterplan Bildung“
- Organizing Kampagne zu LEGO
- Homepage OV Gladbeck
- Vorbereitung Jubilarehrung 2012
- Wahlanalyse der Personalratswahl
- Personelle Änderungen in der Geschäftsstelle

Folgende Veranstaltungen wurden im Berichtszeitraum durchgeführt:

- JHV am 24.02.2012 auf Hof Holz
- Fachgruppenausflug 07.03.2012
- Brunch 08.09.2012 neugewählter Personalratsmitglieder
- Veranstaltung / DGB „heute die Rente von morgen sichern“ 19.10.2012
- Lehrerräteschulung 03.12.2012

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 46 Tariffinformationen, GEW Info's, Neues zu L-ego, Info der Personalräte, Kalender und Broschüren zu verschiedensten Themen an die jeweiligen Schulformen gesandt.

Pressearbeit

GEW Stadtverbandszeitungen GE-W 152, GE-W 153 und GE-W 154

Der Vorstand

GEW- Mitglieder aus der Emscherzone in den Hauptpersonalräten.

Es gibt beim Schulministerium sieben Lehrpersonalräte. Jede Schulform hat einen eigenen. In fünf dieser Personalräte sind wir hier aus der Emscher-Region personell vertreten.

Das bedeutet, hoher Sachverstand in den Personalräten über die Nöte und Probleme unserer Kolleginnen und Kollegen. In der Förderschule, der Gesamtschule und der Hauptschule stellt die GEW den bzw. die Vorsitzende/n. Alle Kolleginnen und Kollegen sind aktiv als ehrenamtliche Funktionäre in unserer Gewerkschaft tätig. Wenn Sie Probleme haben, nehmen Sie Kontakt auf.



Gerd Weidemann
Gladbeck
HPR-Förderschule
Vorsitzender
Tel. 0211 58673014
(dienstl.)
Gerd.weidemann@
gew-nrw.de



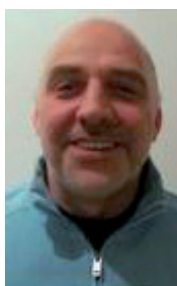
Karin Clermont
Gelsenkirchen
HPR-Gesamtschule
GEW-Landesvorstand
Tel. 0211 58673014
Tel. 0209 146260
(privat)
Karin.clermont@
gew-nrw.de



Jutta Britze
Bottrop
HPR-Hauptschule
GEW-Landesvorstand
Jutta-britze@
gew-nrw.de



Gönül Candan
HPR-Gymnasium
GEW-Landesvorstand
Tel. 0178 5163083
(dienstl.)
Goenuel.candan@
gew-nrw.de



Nicolas Thiele
Gladbeck
HPR-Gesamtschule
Ersatzmitglied
Cawdor1@t-online.de



Ed Emmerling
Recklinghausen
HPR-Realschule
GEW-Bezirksausschuss
Münster
Tel. 02365 506906
Ed-emmerling@
t-online.de

Und dann war da noch „s h a l“

Sowohl im Bereich Realschule als auch in der Gesamtschule aber auch in der Hauptschule gibt es bei den Wahlen nicht nur den konkurrierenden Verband des DBB sondern auch eine sogenannte S c h u t z g e m e i n s c h a f t, shal.

Bei dieser Schutzgemeinschaft handelt es sich nicht um eine Gewerkschaft. Mir ist persönlich kein Mitglied dieser Schutzgemeinschaft bekannt. Der Wahlkampf beschränkte sich auf ein Papier im DIN-A4-Format, mit dem sich diese Schutzgemeinschaft kurz vorstellt. Ansonsten hört man vier Jahre von dieser Schutzgemeinschaft an den Schulen nichts mehr. Es gibt also weder Öffentlichkeitsarbeit noch intensive, individuelle Beratung an den Schulen und bei den Kolleginnen und Kollegen.

Und dennoch werden sie gewählt. Und zwar mit so vielen Stimmen, dass sie in verschiedenen Bezirkspersonalräten und Hauptpersonalräten vertreten sind. Immer wieder frage ich im Bereich der Tarifbeschäftigten nach, wann es denn mal zu Hilfe und Beratung durch diese Schutzgemeinschaft gekommen sei.

Bislang erhielt ich immer nur Fehlanzeigen.

Schutz und Hilfe können Sie nur erwarten, von Kolleginnen und Kollegen, die gewerkschaftlich geschult sind, die nicht nur im Wahlkampf einmal als Papiertiger auftreten, sondern die kontinuierlich die Interessen der Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen vertreten. Dieses ist in erster Linie bei der GEW der Fall. Dennoch möchte ich den Kolleginnen und Kollegen im Beamtenbund ihr Engagement nicht absprechen. Eine Stimme für shal war jedoch eine verlorene Stimme.

Personalrat Hauptschule

Und das sind die GEW-Mitglieder aus Gelsenkirchen und Gladbeck, die Sie in die schulformspezifischen Personalräte gewählt haben. Neben dem Personalratsvorsitzenden Hans-Jürgen Evers sind das:



Elfi Jonton
Gladbeck
Tel. 02361 9044144
Elfi.jonton@t-online.de



Petra de Jesus Augusto
Gelsenkirchen
Tel. 0209 9773124
petrakokott@gmx.de



Waltraud Wolff
Bottrop
Tel. 02045 81073
Waltraud_Wolff@t-online.de



Hans-Jürgen Evers
Borken
Vorsitzender
Tel. 0251 411-4303
Hans-juergen.evers@brms.nrw.de

*Die Nummer 1
im Pott
sind wir!*

Waltraud Wolff und
Petra de Jesus Augusto sind in ihren
Schulämtern Vertrauensfrauen der
Schwerbehinderten.

Personalrat Realschule

Gestärkt aus den Personalratswahlen ging auch die GEW im Personalrat Realschule hervor. Die Listenführerin Hedwig Brüggenkamp aus dem Kreis Warendorf wurde stellvertretende Vorsitzende. Ihr stehen aus Gelsenkirchen die Kolleginnen Barthelmes und Wichmann zur Seite.



**Hedwig
Brüggenkamp**
Warendorf
Stellv. Vorsitzende
Tel. 02522 61448
Hedwig.brueggenkamp@brms.nrw.de



Gisela Barthelmes
Gelsenkirchen
Tel. 0209 513759
Gisela.barthelmes@gmx.net



Ursula Wichmann
Gelsenkirchen
Ersatzmitglied
Realschule
Mühlenstraße
Tel. 0209 29121
Ulla.wichmann@t-online.de

Personalrat Gesamtschulen

Landesweit ist es in dieser Schulform üblich, dass ein Personalratsmitglied nach zwei Amtsperioden aus dem Personalrat ausscheiden muss.

So sind der Vorsitzende Heinzbert Peeters aus Dorsten und die stellvertretende Vorsitzende Rita Hundt-Meyring aus dem Personalrat ausgeschieden.

Neue Vorsitzende ist die Kollegin Kerstin Grebenstein von der Gesamtschule in Olfen.



Kerstin Grebenstein
Coesfeld
Vorsitzende
Tel. 0251 411-4044
Kerstin.Grebenstein@brms.nrw.de



Olav Tanner
Gelsenkirchen
Gesamtschule
Ückendorf
Tel. 0234 5162580
Ota.tanaka@gmx.net



Ulrike Thiele
Gladbeck
Ingeborg-Drewitz-
Gesamtschule Gladbeck
u.clever@web.de



Franz-Josef König
Gelsenkirchen
Gesamtschule
Berger Feld
Tel. 02594 83215
fjkoenig@duelmen-online.de

Personalrat Gymnasium

Unter der Leitung von Katharina Pluemer-Krabbe konnte die Fraktion um einen Platz gestärkt aus der Wahl hervorgehen.



Katharina Pluemer-Krabbe
Coesfeld
Listenführerin
Pluemer-krabbe@gmx.de



Dr. Torsten Menkhaus
Gelsenkirchen
„Abendgymnasium“
Tel. 02385 922574
Torsten-Menkhaus@gmx.de



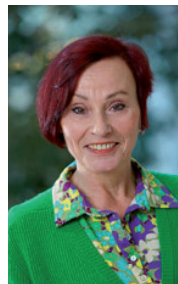
Britta Logermann
Gelsenkirchen
Annette-von-Droste-Hülshoff
Gymnasium
Britta.logermann@web.de

Personalrat Förderschule

Unter der Leitung von Bettina Marzinzik wurde die traditionell starke Mehrheit der GEW in diesem Personalrat erneut bestätigt. Und hier die Mitglieder aus Gelsenkirchen:



Bettina Marzinzik
Borken
Vorsitzende
Tel. 0251 411-4030
Bettina.Marzinzik@brms.nrw.de



Christiane Dunker
Gelsenkirchen
SL Malteserschule
und
Ausbildungsseminar
Tel. 0234 851087
c.dunker@onlinehome.de



Detlef Seela
Gelsenkirchen
Stellv. Vorsitzender
Tel. 0251 411-4030
Detlef.seela@brms.nrw.de

**Jubilarehrung
25 und 40 Jahre
Mitglied der GEW
am 16.11.2012
im Consol Theater**



Fotos: Christine Steinchen

Gehrt wurden folgende Jubilare:

25 Jahre: Andreas Langos, Constanze Schillo-Rybarski

50 Jahre: Rolf Behrendt, Gisela Fries-Oehlschlägel, Martina Koch, Uwe Lorenz, Mechthild Mrosek, Günter Tönges, Elisabeth Mohnfeld, Christoph Wilhelm
Noch auf dem Bild: Karl Heinz Mrosek, Lothar Jacksteit, Elfi Jonton



Die GEW in Gelsenkirchen und Gladbeck



wünscht ein frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Neues Jahr.